

# Ergebnis der Wahlen zur Angestelltenversicherung.

Ämtliche Veröffentlichung.

Das Ergebnis der Wahlen zur Angestelltenversicherung aus 1172 Bezirken (wobei nur noch drei Bezirke fehlen) ist folgendes: Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband (D. H. V.) Vertrauensmänner 1631, Erbsamänner 2499, Stimmen 273 111; sonstige Verbände des Gesamtverbandes deutscher Angestelltengewerkschaften (Gedag-Verbände) 294 bzw. 711 bzw. 144 225; Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. D. A.) Vertrauensmänner 917, Erbsamänner 1851, Stimmen 241 161; sonstige Hauptauschussverbände: 128 bzw. 306 bzw. 42 643; Hauptauschuss zusammen: 2970 bzw. 5368 bzw. 701 140; Allgemeiner Freier Angestelltenbund (A. F. A.): Vertrauensmänner 555, Erbsamänner 1605, Stimmen 270 075; Wilde: 91 bzw. 238 bzw. 5830.

## Politische Rundschau Deutsches Reich

### Ausbau des deutsch-französischen Handelsvertrages.

Dem Vorarbeiten des Zollauschusses der Französischen Kammer wurde von Landwirtschafts- und vom Handelsminister mitgeteilt, daß der in Vorbereitung befindliche Zusatz zum deutsch-französischen Handelsvertrag, der die landwirtschaftlichen und gewisse industrielle Erzeugnisse betrifft, in der Kammer sogleich nach Wiederzusammentritt im Januar eingebracht werden würde.

### Deutsch-schwedisches Abkommen über Handelsvertreter.

Das durch Notenaustausch zwischen dem deutschen Auswärtigen Amt und der schwedischen Gesandtschaft in Berlin am 31. Dezember 1925 auf ein Jahr abgeschlossene und durch Notenaustausch vom 20. Dezember 1926 auf ein weiteres Jahr verlängerte Abkommen über die Vermeidung der Doppelbesteuerung von Handelsvertretern deutscher bzw. schwedischer Firmen ist bis zum 31. Dezember 1928 verlängert worden.

### Reichsetat 1928 im Reichstag.

Der vor einiger Zeit bekanntgewordene Haushaltsplan des Reiches für 1928 ist dem Reichstag zugegangen. Die zunächst veröffentlichte Übersicht ist inzwischen in einzelnen Punkten überholt. Sobald die Überarbeitung fertiggestellt ist, wird das Material dem Haushaltsausschuß des Reichstages übergeben. Der Haushaltsausschuß wird am 10. Januar erneut zusammentreten und sich dann sofort mit dem neuen Etat befassen.

### Staatsausgabenverminderung in Thüringen.

Zwischen Vertretern des Reichsfinanzministeriums, des thüringischen Landesfinanzamtes, des Städteverbandes und des Finanzministeriums fanden Verhandlungen zwecks Übernahme der Landessteuerverwaltung auf das Reich statt. Man will auf diesem Wege den Verwaltungsapparat in Thüringen wesentlich vereinfachen und damit die Staatsausgaben vermindern. Man kam jedoch zu keiner Einigung und will nunmehr erst die Stellungnahme des Reichsfinanzministers abwarten; die Verhandlungen sollen zu einem späteren Zeitpunkt fortgeführt werden.

### Nordamerika.

Keine Erschwerung deutscher Einfuhr. Aus Washington wird eine Erklärung des Staatssekretärs Mellon gemeldet, daß die amerikanischen Maßnahmen gegen die deutsche Stahleinfuhr, wie eine eingehende Untersuchung ergeben habe, nicht gerechtfertigt seien. Unter diesen Umständen komme vorläufig eine Anwendung des Antidumpinggesetzes (gegen Preisunterbietungen) nicht in Frage.

### Aus In- und Ausland.

Berlin. Regierungspräsident Dr. Bublitz, Marienwerder, hat den Spezialauftrag von der Regierung erhalten, als Reichs- und Staatskommissar im Haag den oberschlesischen Schulonflikt zum Austrag zu bringen.

Hamburg. Der dritte Afa-Gewerkschaftskongress wird in den Tagen vom 1. bis 4. Oktober nächsten Jahres in Hamburg stattfinden.

Hamburg. Die Bismarckjugend der Deutschnationalen Volkspartei veranstaltet vom 28. bis 30. Juli 1928 ihr Reichstreifen in Hamburg.

Bern. Der Bankrat beschloß die Beteiligung der Schweizerischen Nationalbank an dem internationalen Stabilisierungskredit zugunsten der Bank von Italien.

Paris. Die angeblichen Absichten Frankreichs, Anfang 1928 zum Goldstandard zurückzukehren, werden von zuverlässiger Stelle als unbegründet erklärt.

## Bermischte Nachrichten aus aller Welt.

### Mord, Einbrüche und Brände in Berlin.

Berlin, 27. Dezember. Am Weihnachtssabend erschien auf einer Revierwache der Invalide Adolf Thome und erklärte, daß seiner Frau etwas passiert sein müsse. Beamte, die sich in seine Wohnung begaben, stellten fest, daß die Frau tot war. Thome gab an, daß er mit seiner Frau Streit gehabt habe und daß sie mit einem Messer auf ihn losgegangen sei. Es wurde jedoch festgestellt, daß Thome selbst der Angreifer gewesen sein muß und seine Frau getötet hat. Er wurde in Haft behalten.

Während der Feiertage ereigneten sich außerdem mehrere Geschäfts- und Wohnungseinbrüche. In dem Hause Seidelstraße 30 drangen Einbrecher durch die Dede in ein Pelzgeschäft ein und stahlen für 30 000 Mark Felle. In Moabit stiegen Einbrecher durch das Kellerfenster in eine Schlächterei ein und schweißten dort einen Geldschrank auf. Außerdem stahlen sie Fleisch- und Wurstwaren. In Charlottenburg räumten Einbrecher eine Privatwohnung aus. In der Prenzlauer Straße wurden bei einem Schneidemeister Stöße, Anzüge, Bargeld und Schmuckstücke gestohlen. In der Mollathstraße mußten Polizeibeamte, die vier verdächtige Männer festnehmen wollten, da sie tätlich angegriffen wurden, von der Schutzwaffe Gebrauch machen, wobei einer der Festgenommenen verletzt wurde.

Die Feuerwehre hatte an zahlreichen Stellen Feuer zu löschen und Wasserrohrbrüche zu verstopfen. Überall gelang es, die Gefahr schnell zu beseitigen.

### Ein Berliner Geograph schwer bestohlen.

Berlin. Noch unbekannt Täter drangen in die Wohnung des bekannten Geographen Dr. Penk, der sich zurzeit auf Reisen

# Die Denkschrift zur sächsischen Verwaltungsreform

Dem Landtag ist am Sonnabend, wie bereits kurz gemeldet, die seit langem erwartete Denkschrift zur sächsischen Verwaltungsreform zugegangen. In der Einleitung schreibt der Urheber dieser Denkschrift, der Präsident des sächsischen Staatsrechnungshofes Schickel, u. a.: Auf Grund eines Beschlusses des Gesamtministeriums hat mich der Herr Ministerpräsident mit Schreiben vom 28. Juli 1927 erzuht, ein Gutachten über die Möglichkeit einer Vereinfachung und Verbildigung der sächsischen Staatsverwaltung zu erstatten. Da das Gutachten die Grundlage für eine Reform der Staatsverwaltung bilden soll, durfte ich mich nicht auf eine nur theoretische Behandlung des unter dem Begriff „Verwaltungsreform“ verstandenen Fragenkomplexes beschränken, vielmehr war es geboten, die Vorschläge auf möglichst genaue tatsächliche Feststellungen zu gründen, da ohne diese nicht die Verantwortung für ein Gutachten von so außerordentlicher Tragweite übernommen werden kann. Andererseits erschien es nicht angebracht, die Behörden bereits jetzt hinsichtlich des Umfanges ihrer Dienstgeschäfte und der Auslastung der Beamten bis ins einzelne durchzuprüfen, wie das vor der Durchführung der gegebenen Anregungen ohne reformmäßige Hemmungen unbedingt zu erfolgen haben wird, erst dann Zweck ist, wenn die Kleinarbeit, die naturgemäß lange Zeit beanspruchen wird, erst dann Zweck hat, wenn zu den in dem Gutachten behandelten Fragen eine grundsätzliche Entscheidung der Staatsregierung vorliegt. Unverzüglich möchte aber ein Beschluß der Staatsregierung dahin ergehen, daß bis auf weiteres neue Beamtenstellen nicht geschaffen und neue Beamtenanwärter nicht eingestellt werden dürfen.

Ueber die Notwendigkeit, die öffentliche Verwaltung in ihrer Gesamtheit zu vereinfachen und zu verbilligen, herrscht seit langem allseitiges Einverständnis, doch zwingt die immer bedrohlicher werdende Entwicklung der Finanzlage des Reiches, der Länder und der Gemeinden dazu, nunmehr endlich die Verwaltungsreform aus dem Zustande theoretischer Erörterungen entschlossen und großzügig in die Tat zu überführen. Die Reformbestrebungen sind in Deutschland bis jetzt zumeist an politischen und persönlichen Hemmungen, sowie an dem Fehlen einer genauen Abgrenzung der Aufgaben des Reiches, der Länder und der Gemeinden gescheitert, was wiederum mit dem neuerdings viel erörterten staatsrechtlichen Problem der Gliederung des Reiches eng zusammenhängt. Mit diesen auch heute noch unverändert bestehenden Schwierigkeiten wird man sich vom Länderstandpunkt aus zunächst, so gut es eben geht, abfinden müssen, da ein Hinschieben der Verwaltungsreform bis zu dem Zeitpunkte, wo im Reiche diese Fragen geklärt sein werden, für die Länder finanziell nicht tragbar ist.

Man wird sich aber von vornherein darüber im Klaren sein müssen, daß die sächsische Verwaltungsreform nur die Vorstufe einer allgemeineren deutschen Verwaltungsreform sein kann, die den gesamten öffentlichen Verwaltungsapparat unter weitgehender Dezentralisation der Lage der öffentlichen Finanzen anpaßt. Auf die Reform der Reichsgesetzgebung aber warten zu wollen, würde einer Vertagung der Reformfrage auf unbestimmte Zeit gleichkommen. Einsteilen muß man versuchen, im Vereinbarungswege zu erreichen, was der Ueberblicklichkeit nur irgend dienen kann.

Die Gesamtausgaben der Sächsischen Staatsverwaltung betragen im Jahre 1913 rund 448,5 Millionen Mark, die zu 65 v. H. aus den Einnahmen der Betriebsverwaltungen, insbesondere der Eisenbahnen, zu 23 v. H. durch Steuern und Abgaben und zu 12 v. H. durch sonstige Einnahmen gedeckt wurden. Demgegenüber weist der Haushaltsplan 1927 eine Gesamtausgabe von 381 Millionen Mark aus, die nur zu 9 v. H. in den Einnahmen der Betriebsverwaltungen, zu 63 v. H. in den Steuern und 28 v. H. in sonstigen Einnahmen bis auf einen Fehlbetrag von rund 27 Millionen Mark Deckung finden sollen. Aus dieser Gegenüberstellung ergibt sich, daß die Mehrbelastung durch Steuern zu einem erheblichen Teile auf einer für den Steuerzahler außerordentlich ungünstigen Verschiebung in den zur Verfügung stehenden sonstigen Deckungsmitteln des Staatsbedarfs beruht, die selbst dann noch vorhanden ist, wenn man bei dem Vergleiche die Staatsbahnen ausschließt.

Die Denkschrift geht sodann auf Einzelheiten ein, erwähnt, daß die fortschreitende Akademisierung der Lehrer in den nächsten Jahren eine ständige erhebliche Steigerung der Staatsausgaben bringen werde, ebenso zeigten die Ausgaben für Wohlfahrtspflege eine forsjehende steigende Tendenz. Dazu, ob die Finanzlage eine derartige Entwicklung zuläßt und unter dem Zwange der Verhältnisse nicht auch Staatseinrichtungen eingestellt werden müssen, die heute noch als unantastbar angesehen werden, wird seitens der Regierung Stellung zu nehmen sein.

Nicht mit Unrecht wird von den großen Wirtschaftsverbänden darauf hingewiesen, daß sich der öffentliche Verwaltungsapparat

aufgebläht hat, unübersichtlich geworden und dadurch ein Neben- einander und Gegeneinander entstanden sei, das die Erledigung der Geschäfte äußerst erschwere und die Wirtschaft unnötig belaste. Unter der gleichen Erscheinung leidet aber unser gesamtes heutiges Wirtschaftsleben. Auch eine Rationalisierung der Interessenvertretungen wäre sehr zu begrüßen; sie würde nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die öffentliche Verwaltung entlasten.

Bei der Beurteilung der Reformmöglichkeiten muß dem Umstand Rechnung getragen werden, daß an die Stelle des Verwaltungsstaates mehr und mehr der Wohlfahrtsstaat getreten ist, dessen unmittelbare oder mittelbare Fürsorge in immer steigendem Maße von allen Bevölkerungskreisen beansprucht wird. Unter dem Zwange der wirtschaftlichen Not hat der Staat manche Aufgabe übernehmen müssen, die unter den früheren Verhältnissen nicht als Staatsaufgaben anerkannt worden wären.

Es es einerseits abzulehnen, das Jahr 1914 als Norm für das Ziel der Verwaltungsreform in dem Sinne anzunehmen, daß die inzwischen neu geschaffenen Staatseinrichtungen möglichst wieder abzubauen wären, war andererseits auch die Organisation, die bereits 1914 bestand, in die Prüfung auf die Möglichkeit ihrer Vereinfachung einzubeziehen. Es war zu berücksichtigen, daß im Behördenwesen die weitgehende Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten eingetreten ist, bisher nur verschwindend zum Ausdruck gekommen ist. Die Bezirke sind in enger Zusammenarbeit zwischen innerer, Justiz- und Finanzverwaltung nach einem für das ganze Land aufzustellenden Plan abzugrenzen; hierbei müssen die wirtschaftlichen Zusammenhänge und der heutige Stand der Verkehrsverbindungen maßgebend sein.

Die Verwaltungsreform darf nicht lediglich auf ein fiskalisches Abschieben von Geschäften auf nichtstaatliche Stellen hinauslaufen, sondern muß zu Ersparnissen für den Gesamtapparat der öffentlichen Verwaltung führen. Ihr Ziel muß in erster Linie eine nach innen und außen möglichst einfache und übersichtliche Behördenorganisation sein, die mit geringsten Mitteln größten Nutzen erreicht. Hiermit hängen eng die weiteren Maßnahmen zusammen, durch die der Verwaltungsapparat des Staates seiner verminderten finanziellen Leistungsfähigkeit angepaßt werden kann, wie die Zusammenfassung zusammengehöriger Staatsaufgaben bei einer Behörde insbesondere bei einem Ministerium, die Vereinfachung des Rechtsmittelswesens, die Reform des Büro- betriebes und des Beschaffungswesens. Vor allen Dingen wird auch die Frage zu prüfen sein, ob und wie weit der Kreis der Staatsaufgaben einzuschränken ist. Mit jeder Verwaltungsreform ist eine Beeinträchtigung zahlreicher Interessen unlöslich verbunden, die aber des großen Ganzen wegen in Kauf genommen werden muß. Werden die mit jeder Verwaltungsreform verbundenen Opfer jetzt nicht freiwillig gebracht, so werden sie aller Voraussicht nach bald erzwungen werden; dann wird sich aber ein weit schmerzlicheres und überflüssigeres Vorgehen kaum vermeiden lassen. Zur Erreichung dieses Zieles werden jedenfalls außergewöhnliche Vollmachten nicht zu entnehmen sein. Nur auf dem von Bayern und Baden bereits beschrittenen Weg, daß sich die Regierung vom Landtag ermächtigen läßt, die Verwaltungsreform durchzuführen, hier also der Landtag freiwillig auf seine Mitwirkung in den einzelnen Fragen von vornherein verzichtet, werden sich die Erfolge erzielen lassen, welche die Finanzlage des Landes erfordert.

Wo für Aufgaben, die jetzt das Land durch eigene Behörden auf seine Kosten erledigen läßt, Reichseinrichtungen zur Verfügung stehen, wird sich das Land ihrer in möglichst weitem Umfang zu bedienen haben. Unbeschadet einer umfassenden Verwaltungsreform könnten schon jetzt Vereinbarungen mit dem Reich, übrigens auch mit größeren Städten, getroffen werden, durch die das gegenwärtige Nebeneinanderbestehen völlig gleichgültiger Dienststellen zum mindesten eingeschränkt würde. Entschieden ist dagegen Stellung zu nehmen, daß das Reich aus einem Verwaltungsgebiete, das seiner Art nach von ihm nicht vollständig übernommen werden kann, einen Teil herauszuschneiden und für diesen eine Reichsverwaltung schaffen.

Wie stark die Zahl der Beamten verringert werden kann, hängt davon ab, ob die in diesem Gutachten enthaltenen Vorschläge grundsätzlich gebilligt und ob sie mit Nachdruck durchgeführt werden. Die Erfahrungen mit dem Personalabbau haben gezeigt, daß mit einer hematischen Herabsetzung der Zahl der Beamten eine Abminderung der Verwaltungsausgaben nur in den seltensten Fällen erreicht werden kann und nur eine planmäßige Vereinfachung des Behördenaufbaues, sowie der Abbau von Staatsaufgaben zum Ziele führen. Daneben wird aber auch die Vereinfachung der Beamteneigenschaft allgemein einzuschränken sein.

(Fortsetzung folgt.)

### Das Opfer des Berliner Bahnräubers gestorben.

Berlin. Die von dem verhafteten Präparator Horst Kiebaß im Vorortzuge überfallene und schwer verletzte Dora Perke ist ihren schweren Verletzungen erlegen. Sie hat das Bewußtsein nicht mehr wiedererlangt.

### 12 000 Beganabigungen in Preußen.

Berlin. Wie man amtlich mitteilt, ist die Zahl der Gnadenverweise in Preußen anlässlich des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten inzwischen auf über 12 000 gestiegen. Dabei ist in zahlreichen Fällen der Entlassungstermin so bestimmt worden, daß die Beganabigten das Weihnachtssfest in Freiheit verbringen konnten.

### Wieder ein Raubüberfall in Berlin.

Berlin. Ein neues Kapitalverbrechen wurde im Hause Mannsstraße 12 verübt. Dort wurde der 57jährige Gebirgsbrieffräger Hermann Teichert auf seinem Bestellaum im Hausflur von einem jungen Mann überfallen und durch wuchtige Stöße mit einem schweren Hammer zu Boden gestlagen. Durch hinzukommende Passanten konnte der Täter sogleich festgenommen werden. Es handelt sich um den 21jährigen Mauerer Ernst Heidemann aus Könnigsberg, der zuletzt in der Mühlentalkstraße 1 wohnte.

### Die Weihnachtsfeiertage in England.

London, 26. Dezember. Die Weihnachtsfeiertage sind in England nach den bisherigen Meldungen ohne größere Unglücksfälle verlaufen. Das schlechte Wetter (Regen und Schnee) hielt das Publikum in den Häusern zurück. Der für Weihnachts- geschenke und für kurze Weihnachtsreisen allein ausgegebene Betrag von 800 Millionen Mark liegt um etwa 100 Millionen Mark über dem normalen Durchschnitt. Im ganzen Lande übersteigt er die durchschnittliche Ausgabe um 250 Millionen Mark. Diese Tatsache und die Erklärung des Leiters des führenden englischen Warenhauses, nach der das Publikum reichlich und nur das Beste gekauft habe, bestätigt die Ansicht einiger Wirtschaftler, daß die englische Wirtschaft trotz anhaltender Depression sich wieder aufwärts bewegt.

befindet, ein und raubten dort Wertgegenstände, darunter eine Perlenkette mit 125 Perlen, einen kostbaren Ring und wertvolles Tafel- silber.

### Die Tänzerin Lucie Kieselhausen verunglückt.

Berlin, 27. Dezember. Die Tänzerin Lucie Kieselhausen ist am Montagabend in ihrer Wohnung in der Kaiserin-Augusta- Straße schwer verunglückt. Sie hatte den Ofen im Badezimmer einzeln lassen und betrat dann den Raum mit einer Flasche Benzin in der Hand, um ein Paar Lederhandschuhe zu reinigen. Plötzlich explodierte das Benzin und zugleich auch der Badofen. Die Gewalt der Explosion war so stark, daß eine Verbindungsmauer einstürzte. Die Tänzerin wurde von der Feuerwehr mit schweren Brandwunden an Händen und Füßen geborgen und mußte sofort in ein Krankenhaus gebracht werden.

### Das neue Kraftfahrzeugsteuergesetz.

Berlin. Über das neue Kraftfahrzeugsteuergesetz wird u. a. mitgeteilt: 1. Zeitpunkt des Inkrafttretens. Gültigkeit der alten Steuerarten. Das neue Kraftfahrzeugsteuergesetz tritt erst mit dem 1. April 1928 in Kraft. Bis dahin bleiben also die bisherigen Vorschriften in Geltung. Steuerarten, die vor dem 1. April 1928 geklärt sind, bleiben bis zu ihrem Ablauf gültig, und zwar auch für die Zeit, die nach dem 1. April 1928 liegt. Kraftwagen und Personenkraftwagen mit Antrieb durch Verbrennungsmaschinen werden künftig nicht mehr nach Pferdestärken, sondern nach Hubraum besteuert; die verschiedene Bewertung von Zweitakt- und Viertaktmotoren fällt fort. Für Kraftomnibusse und Lastkraftwagen mit Antrieb durch Verbrennungsmaschinen beträgt die Steuer 30 Mark für je 200 Kilogramm Eigengewicht.

### Unfall eines Diplomaten.

Berlin. Hier verunglückte der niederländische Legationssekretär Jontjeff A. T. Baud. Die Autodrohske, in der sich der Legationssekretär befand, stieß an der Straßenecke mit einem anderen Auto so heftig zusammen, daß beide Gefährte vollständig zertrümmert wurden. B. lag unter den Trümmern mit schweren Verletzungen. Der Zustand des Verunglückten ist sehr ernst.